

Die steuerliche Behandlung negativer Einlagenzinsen

Abzug ohne Begrenzung

Die Banken stehen unter Druck. Seit Juni 2014 erhebt die EZB Strafzinsen auf geparktes Geld – derzeit 0,4 Prozent. Negativzinsen seien Privatkunden allerdings nicht vermittelbar, sagen Banken und Sparkassen. Doch was bei Firmenkunden bereits gängige Praxis ist, wird dennoch diskutiert. Im November 2016 erhoben bundesweit neun Genossenschaftsbanken und Sparkassen Negativzinsen in EZB-Höhe: Pro 10.000 Euro jährlich 40 Euro. Eine andere Methode sind höhere Gebühren bei

Zweitens könnte eine Behandlung ähnlich den „Stückzinsen“ beim Kauf eines festverzinslichen Wertpapiers erfolgen. Hier zahlt der Erwerber – versteckt im Kaufpreis der Anleihe – an den Veräußerer Zinsen, die auf die Zeit vom letzten Zinstermin bis zum Tag der Veräußerung entfallen. Was der Verkäufer entsprechend als Zinsertrag angeben muss, mindert beim Käufer die Steuerschuld als negativer Zinsertrag. Eine Saldierung von Zinseinkünften findet beim Negativzins jedoch nicht statt. Vielmehr ist er vorher vereinbart und für die Dauer der Einlage an den Schuldner zu entrichten.



VON DIRK MEYER

»Bei Negativzinsen wird der Leistungsgedanke völlig ins Gegenteil verkehrt.«

steuerrechtlich gäbe es drei Möglichkeiten: Zinsen seien „Vergütungen für den Gebrauch eines auf Zeit überlassenen Kapitals“, entschied der Bundesfinanzhof (BFH) 1987. Danach ist der Zins das Entgelt für eine wirtschaftliche Leistung, nämlich für den zeitlichen Verzicht des Gläubigers auf die eigene Nutzung der Liquidität.

Bei Negativzinsen wird der Leistungsgedanke als wirtschaftliches Nutzungsentgelt für die Überlassung von Kapital ins Gegenteil verkehrt: Der Kreditnehmer erbringt die Leistung der Entgegennahme und der Verwahrung der Einlage. Deshalb ist der Umkehrschluss, eine Zinsverbindlichkeit des Gläubigers könne ertragsteuerlich als steuermindernder Zinsaufwand geltend gemacht werden, nicht durch das Steuerrecht abgedeckt (Paragraph 20 Abs. 1 Nr. 7 Einkommensteuergesetz/ES/G).

Für viele Haushalte dürfte der Pauschbetrag von 801 Euro beziehungsweise 1.602 Euro pro Jahr bei Zusammenveranlagung ausreichen. Sollte allerdings zusammen mit den Depotgebühren und anderen Werbungskosten diese Grenze überschritten werden, wären keine weiteren Abzüge möglich. Ein Vorschlag wäre: Den Werbungskostenabzug ohne Begrenzung zulassen.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ökonomie an der Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Der deutsche Mittelstand hofft auf bessere Rahmenbedingungen Politische Unwägbarkeiten

Von Peter Felser

Im Superwahljahr 2017 stehen in Berlin und Paris Richtungsentscheidungen an, dazu werden drei Landtage gewählt. Politische Unwägbarkeiten liebt die Wirtschaft nicht, aber die Unzufriedenheit mit der Großen Koalition ist gerade beim Mittelstand groß. Entsprechend hofft man dort auf Besserung der Rahmenbedingungen nach der Bundestagswahl. Angesichts der Debatten über Migration, Terrorgefahr und die Zukunft der EU geraten Wirtschaftsthemen aber aus dem Blickfeld.

scheidungen treffen: Leistung darf nicht bestraft werden. Auf Rechts- und Planungssicherheit müssen sich Unternehmer verlassen können.

Der deutsche Aufschwung geht in sein viertes Jahr, allerdings unter schwierigen Vorzeichen. Die reichen vom Brexit-Votum über den Freihandelskritiker Donald Trump bis zur Lage in der Türkei und im Nahen Osten. Wird es neue Exporthürden geben? Wann kommt das Ende der Rußland-Sanktionen, unter denen deutsche Firmen und Landwirte leiden? Zu den größten Nutznießern der soliden Inlandskonjunktur 2016 gehören Mittelständler aus den Bereichen Bau, Handel und Dienstleistungen. Dem Fachkräftemangel begegnet der Mittelstand längst mit eigenen Programmen. Denn eines ist inzwischen klar: Mit der Migrationswelle 2015 und 2016 kamen überwiegend geringqualifizierte Hilfsarbeiter nach Deutschland, aber keine Heerscharen von Fachkräften, Ärzten und Ingenieuren, wie Zuwanderungsoptimisten glauben machen wollten.

Der Bürokratisierungswahn bringt gerade kleine und mittlere Unternehmen auf die Palme. Zum Beispiel wegen der kleinteiligen Regelungen zur Arbeitsplatzgestaltung oder der übertriebenen Dokumentationspflicht beim Mindestlohn. Auch der ständige Kampf mit den Finanzbehörden zehrt an den Nerven, wegen Fristen, Vorauszahlungen und Sozialabgaben. Derzeit überwiegt im Mittelstand noch wirtschaftlicher Optimismus, aber es gibt auch Risiken. Deshalb darf die Politik keine falschen Ent-

„Schaden von der Gesellschaft abwenden“

Gesundheitssystem: Apothekerverbände und Politik wollen den Versandhandel mit Arzneimitteln einschränken / Probleme bei Versorgungssicherheit?

DIRK MEYER

Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) gab sich kämpferisch: „Wir werden aus allen Rohren schießen“, so ABDA-Präsident Friedemann Schmidt nach der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 19. Oktober 2016 zur Aufhebung der geltenden Preisbindung für rezeptpflichtige Arzneimittel für ausländische Anbieter. Den Versandapotheken ist es damit erlaubt, Kunden Rabatte zu gewähren.

„Das zerstört das Solidarprinzip der Gesetzlichen Krankenkassen“, warnte Andreas Kiefer, Präsident der Bundesapothekerkammer. „Um Schaden von der GKV und letztlich der Gesellschaft abzuwenden, müssen wir das verhindern.“ Und die 53.000 Apotheker in Deutschland fanden noch vor Weihnachten Gehör: Die ABDA-Mitgliederversammlung begrüßte den Vorschlag von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) und die Forderung des Bundesrates, den Versandhandel mit Arzneimitteln auf nicht verschreibungspflichtige Produkte zu beschränken. Das Preisbildungssystem schützt Patienten „vor Übervorteilung, verhindert ruinösen Wettbewerb und Defizite in der Arzneimittelversorgung durch Apotheken“ und mache das GKV-Sachleistungsprinzip erst möglich, heißt es in einer ABDA-Resolution.

Es geht um einen Umsatz von 32 Milliarden Euro

Die holländischen Versender rechnen anders: Doc Morris (Jahresumsatz: 300 Millionen Euro) gibt zwei Euro je Rezept, die Europa-Apotheke (120 Millionen Umsatz) preisgestaffelt 2,50 bis zehn Euro. Konkret geht es um den Umsatz von 32 Milliarden Euro für rezeptpflichtige Arzneimittel, die zu 98 Prozent über Apotheken in Deutschland vertrieben werden. Durchaus verständlich, daß das Urteil „maximal provoziert“ (Schmidt), denn es könnte langfristig mehr als nur zwei Prozent des Umsatzes kosten.

Letztlich handelt es sich um einen Fall von Inländerdiskriminierung, bei dem die deutschen Apotheker weiterhin an das Rabattverbot der hiesigen Arzneimittelverordnung gebunden sind. Indem der EuGH dem freien Binnenhandel verpflichtet ist, verkehrt sich ihr Schutz ins Gegenteil. Sie müssen zusehen, wie ausländische Anbieter Preisvorteile auspielen. Zur Klarstellung: Aus Gründen des Verbraucher- und des Gesundheitsschutzes läßt Artikel 169 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU Ausnahmen vom Binnenmarkprinzip

zu. Allerdings folgte der EuGH in seiner Begründung nicht der ABDA, indem er gerade die Preisdifferenzierung als Maßnahme zum Erhalt der ländlichen Versorgung ansah.

Doch was ist eigentlich von den Begründungen des staatlich legitimierte Preiskartells der Apotheker zu halten? Es würde Patienten vor Ausbeutung in Notlagen schützen – doch im Gegensatz zum Abschleppwagen zahlt hier die GKV. Die Aushöhlung des Solidarprinzips würde drohen, da bundesweit 6,7 Millionen GKV-Versicherte zuzahlungsbefrei sind – und die bekamen jetzt auch noch eine Prämie. Schließlich würde ein Rosinenpicken eine flächendeckende, wohnotnahe Versorgung und Beratung durch Apotheken verhindern.

Versorgungssicherheit und Wettbewerb unvereinbar?

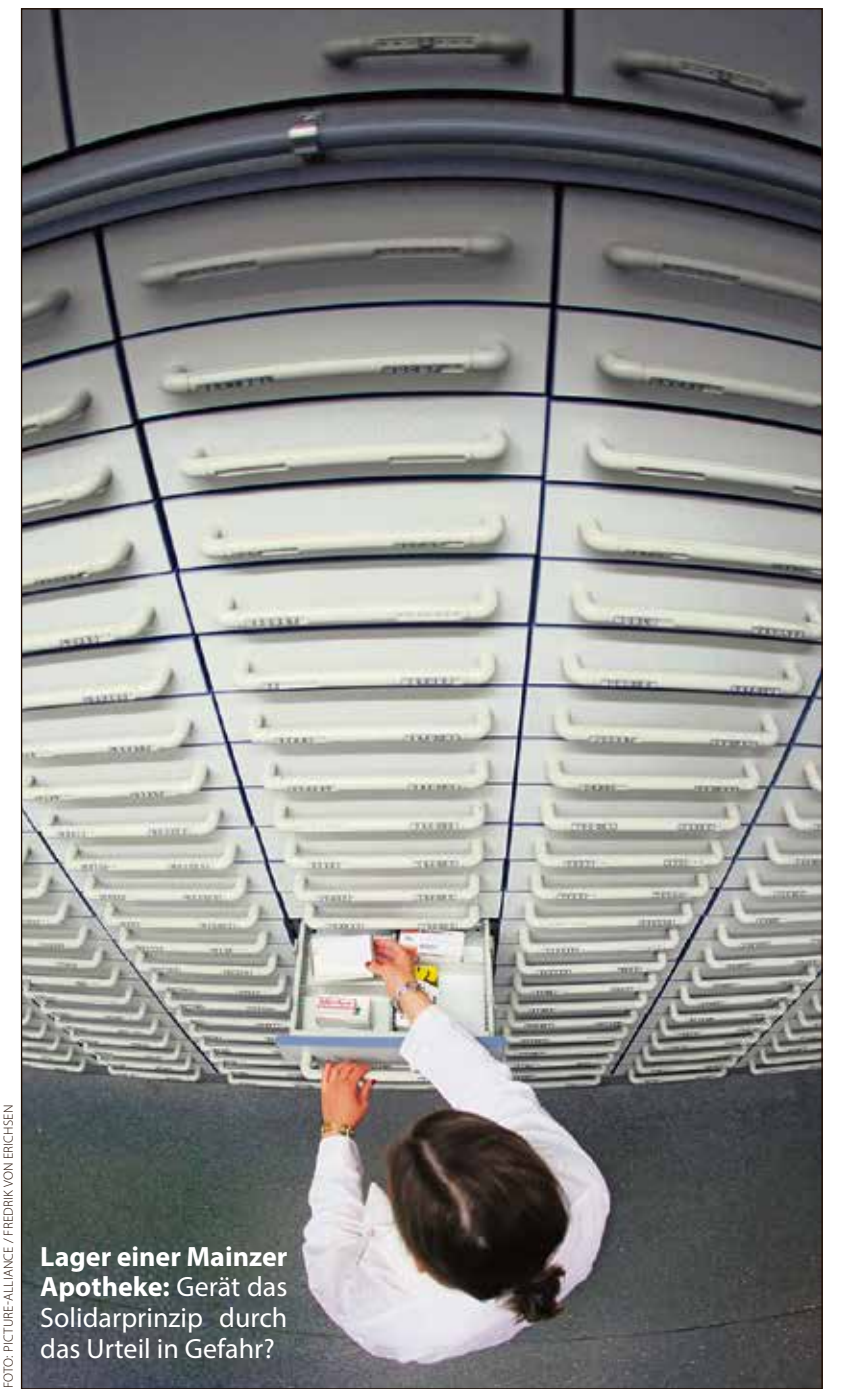
Der nach dem Urteil in Gang gesetzte politische Prozeß ist ein Lehrbeispiel der Ökonomie des Lobbyismus. Die ABDA als Interessenvertretung bündelt den Nutzen der 20.000 Apotheken, von deren Eigentümern und Beschäftigten. Die Kosten des Preiskartells durch wettbewerblich überhöhte Preise verteilen sich diffus auf die 72 Millionen GKV- und die neun Millionen privat Versicherten. Da zudem Minister Gröhe im Wahljahr 2017 ein Störfaktor der ABDA vermeiden möchte, hat er den Verbandsvorschlagn für ein generelles Verbot des Versandhandels bereits in die Gesetzvorbereitung eingebracht. Ergebnis: Marktabschottung statt wettbewerblich angemessene Rahmenbedingungen.

Aber ließen sich Qualitäts-, Beratungs-, Versorgungssicherheit einerseits und Wettbewerb andererseits vereinen? Ein Blick auf die unterschiedlichen Interessen der Beteiligten bietet eine gute Voraussetzung für Alternativen unter angemessenem Ordnungsrahmen. Während die Apotheker neben ihrem Berufsethos ein Einkommensinteresse verfolgen, geht es den Versicherten um Kostengünstigkeit. Davon zu unterscheiden sind die Patienten, die im Bedarfsfall eine wohnotnahe Versorgung bei hoher Versorgungsqualität wünschen. Nach Untersuchungen der Stiftung Warentest bieten Versandapotheken Transportsicherheit und eine angemessene Beratung, wenn auch in anderer Form (Video-Chat, Ratgeber).

Vorteile der Massenabfertigung, geringere Lagerhaltungs- und Logistikkosten sowie die Marktmacht bei Einkaufspreisen eröffnen kurzfristige Kostensenkungspotentiale von geschätzt 500 Millionen Euro (etwa ein Prozent des Umsatzes). Nicht der Patient, aber die Kassen könnten Rabattverträge im In- und Ausland mit den Apotheken

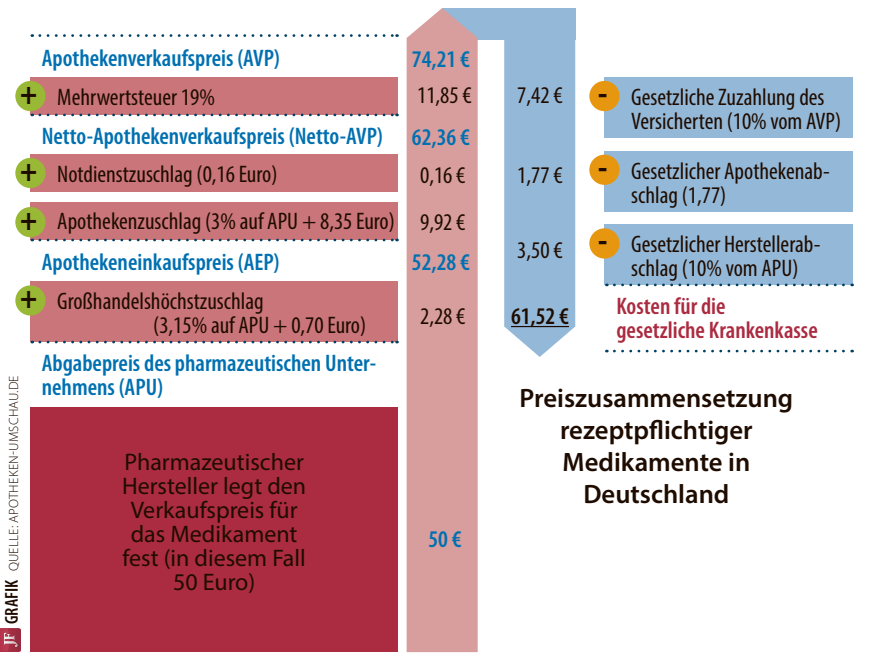


Versandanbieter: Höhere Rabatte?



Lager einer Mainzer Apotheke: Gerät das Solidarprinzip durch das Urteil in Gefahr?

Aufteilung der Arzneimittelpreise



Quelle: Apothekerverbände, VAS/GRÜNDLE

aushandeln. Damit könnte auch der niedrige Mehrwertsteuersatz von sechs Prozent in den Niederlanden berücksichtigt werden.

Teure Notdienste, die derzeit pro Medikament – egal ob zur regulären Öffnungszeiten oder nachts – mit einem Notdienstzuschlag von pauschal 0,16 Euro abgerechnet werden, könnten über einen Verteilungsschlüssel entsprechend dem Mehraufwand honoriert werden. Das Problem der flächendeckenden Versorgung wäre durch eine Staffeldung des jetzt einheitlichen Apothekenzuschlages pro Arznei von 8,35 Euro plus drei Prozent vom Einkaufspreis zu lösen. Für ein Medikament, das einen Abgabepreis von

50 Euro besitzt, bekommt der Apotheker – egal ob in Hamburg oder in Cölpin (Mecklenburg) – einen einheitlich pauschalen Zuschlag von 9,92 Euro.

Die Kassenverbände könnten differenzierte Zuschläge je nach Einzugsgebiet vereinbaren. Denkbar wäre auch, daß Apotheker ihren Zuschlag individuell festlegen. In der Schweiz und Österreich wird die Arzneiversorgung in entlegenen Regionen durch niedergelassene Ärzte vorgenommen. Die Zukunft: Die Winklmoosalm wird in einem Modellversuch durch Drohnen versorgt.

Aktuelle Zahlen rund um Apotheken: www.abda.de/service/publikationen/zdf/

Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst • Hohenzielerdamm 27a • 10713 Berlin
Fax: 030 - 864953-40 • Bestelltelefon: 030 - 864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:

| Expl. | Bestell-Nr. | Autor/Kurztitel | Euro |
|-------|-------------|-----------------|------|
| | | | |
| | | | |
| | | | |
| | | | |

abschicken, faxen oder gehen Sie online: www.jf-buchdienst.de

Bestelladresse (Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen) Kundennummer (Falls zur Hand)

Vorname/Nachname

Strasse/Nr. (Sein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon E-Mail

Datum/Unterschrift

Deutschland-Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

JF BUCHDIENST gehen Sie online: jf-buchdienst.de

JUNGE FREIHEIT Medienversand

Norbert Breuer
Der eingeweilte Sarotti-Mohr
Das Norbert Breuer-Lesebuch
Norbert Breuer beschreibt in seinem humorvollen Lesebuch allerlei alltägliche und politische Situationen, denen wir begegnen. Sein feines Gespür für die richtige Portion Schmunzeln und die wunderbar pointierten Schlussfolgerungen machen dieses Buch zu einem Erlebnis. 432 S., Pb.

Best.-Nr.: 93317 EUR 16,90

Sebastian Fitzek
Das Paket
Psychothriller
Der Friseur ist ein Psychopath, der den Frauen die Haare schert, bevor er sie ermordet. Als einzige kam bislang eine junge Psychiaterin Emma mit dem Leben davon, aber sie fürchtet täglich die Wiederkehr ihres Peinigers. Einem Tag bringt der Postbote ein merkwürdiges Paket 368 S., geb.

Best.-Nr.: 93296 EUR 19,99

Udo Ulfkotte
Volkspädagogagen
Wie uns die Massenmedien politisch korrekt erziehen wollen
Nie zuvor haben Journalisten und Politiker die Bürger so von oben herab behandelt wie heute. Udo Ulfkotte entlarvt die Intoleranz der Volkspädagogagen und zeigt, dass sie modernste Techniken der Verhaltensforschung einsetzen, um ihre Leser und Zuschauer zu manipulieren. 272 S., geb.

Best.-Nr.: 93302 EUR 19,95

Christian Jung, Torsten Groß
Der Links-Staat
Enthüllt: Die perfiden Methoden der „Antifa“ und ihrer Helfershelfer in Politik und Medien
Die linksextreme Antifa wird vom Staat mit Steuergeldern und verdeckten Kapitaltransfers finanziert. Die Autoren präsentieren Hintergrundinformationen und benennen Daten und Fakten eines staatlich gestützten kriminellen Netzwerkes, das den Volkstod der Deutschen propagiert. 316 S., geb.

Best.-Nr.: 93284 EUR 22,95

Wolfgang Hetzer
Rechtsbruch als Staatsräuber
Deutscher Sonderweg in Europa
Die Bundesregierung schenkt vermeintlichen Geboten der Humanität mehr Beachtung als geltendem Recht. Dieses Buch untersucht die rechtlichen und sicherheitspolitischen Voraussetzungen, die zu der schwersten Herausforderung der deutschen Politik seit 1945 geführt haben. 303 S., geb.

Best.-Nr.: 93281 EUR 22,00

Bassam Tibi
Europa ohne Identität?
Europäisierung oder Islamisierung
Angesichts der Herausforderung durch die Aufnahme Hunderttausender islamischer Flüchtlinge rückt die europäische Identitätskrise verstörend ins Bewusstsein. Bassam Tibi analysiert die herrschende Selbstverleugnung und stellt ihre Rückbesinnung auf europäische Werte entgegen. 468 S., Pb.

Best.-Nr.: 93299 EUR 19,90

Gerhard Voigt, Christian Wiermer
Die Nacht, die Deutschland veränderte
Hintergründe, Fakten und Enthüllungen zu den dramatischen Übergriffen der Silvesternacht in Köln

Die massenhaften sexuellen Übergriffe auf Frauen in der Kölner Silvesternacht verstärkten den Verlust des Vertrauens in Politik und Medien massiv und bewirkten einen Stimmungsumschwung in der deutschen Zuwanderungspolitik. Was geschah wirklich, und was waren die Folgen? 200 S., Pb.

Best.-Nr.: 93320 EUR 16,99